

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

Öffentliche Sitzung

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Ausschuss für Gesundheit, Umwelt,
und Verbraucherschutz

78. Sitzung
20. Juni 2011

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 13.43 Uhr
Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1
Vorsitz: Frau Abg. Kubala (Grüne)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass die Tagesordnung – wie in der Mitteilung zur Einladung vom selben Tag angekündigt - um den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Punkt 6 ergänzt wird.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) beantwortet die Fragen von

Abg. Schäfer (Grüne) nach der Einschätzung der Senatorin zu der Absicht der SPD, die Einnahmen aus Konzessionsabgaben und weiteren Einnahmen von Konzessionsnehmern für einen Zukunftsenergieplan zu verwenden und sich damit von der Rekommunalisierung der Netze zu verabschieden und

Frau Abg. Seibeld (CDU), ob noch weiterhin Kontrollen von Lebensmitteln auf den EHEQ-Erreger durchgeführt würden und gegebenenfalls auf welche Lebensmittel sie sich bezögen.

Die Abgeordneten der Linksfraktion sowie der Fraktionen der FDP und der SPD verzichten auf Fragen.

Die Vorsitzende erklärt die Aktuelle Viertelstunde für erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin (VvB) [0463](#)
Frische Luft für Berlin
Drs 16/4115
GesUmVer

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass am 30. Mai 2011 die Anhörung der Vertrauensleute der Volksinitiative durchgeführt worden sei.

Die Fraktion der Grünen kündigt an, in der nächsten Plenarsitzung einen Antrag zu der Drs 16/4115 zu stellen, in dem der Senat aufgefordert wird, weitere Schritte zum Schutz vor Passivrauchen einzuleiten und dazu eine entsprechende Gesetzesinitiative einzubringen.

Der Antrag der Fraktion der CDU (Anlage 2) wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt nach Aussprache mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung von Berlin
- Drs 16/4115 - wird nach Durchführung des Verfahrens gemäß § 9 des Abstimmungsgesetzes für abgeschlossen erklärt.

Der Ausschuss beschließt Dringlichkeit.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0323](#)
Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und [GesUmVer](#)
Ordnungsgesetzes sowie der Verordnung über die [+Hauptausschuss](#)
Erhebung von Gebühren im Gesundheits- und
Sozialwesen
Drs 16/2367

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) erklärt, dass der Inhalt der Vorlage in der vom Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung bereits angenommenen Vorlage – zur Beschlussfassung – 10. Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, Drs 16/4168 aufgegangen sei und sie die Vorlage – zur Beschlussfassung, Drs 16/2367 hiermit zurückziehe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage - zur Beschlussfassung - Drs 16/2367 - wird für erledigt erklärt.

Der Ausschuss beschließt Dringlichkeit.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0461
Prävention stärken und Drogenrisiken senken mit	GesUmVer(f)
Drugchecking	+Recht
Drs 16/4051	

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Linksfraktion sowie der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen habe, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Frau Abg. Schillhaneck (Grüne) begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) nimmt Stellung.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss entsprechend der Stellungnahme des Rechtsausschusses mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/4051 - wird in folgender Fassung angenommen:

„Der Senat wird aufgefordert, darzulegen,

- welche Erfahrungen in den Städten Wien, Zürich, Bern und Utrecht mit Drugchecking-Projekten gesammelt wurden,
- welche Voraussetzungen für die Einführung eines Modellprojektes „Drugchecking und Prävention“ in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht zu schaffen wären und inwieweit diese Voraussetzungen in Berlin derzeit bestehen,
- welche Ergebnisse das von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz unterstützte Symposium „Drugchecking als Strategie der Gesundheitsförderung für Konsumenten illegaler Drogen“, das am 6. Mai 2011 stattfand, verzeichnete und
- welche Schlussfolgerungen der Senat aus diesem Symposium zieht.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. August 2011 zu berichten.“

Der Ausschuss beschließt Dringlichkeit.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0459](#)
Vollständige Sicherheitsüberprüfung des Berliner
Forschungsreaktors vor Entscheidung über Weiterbetrieb +WissForsch
Drs 16/4049

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen empfohlen habe, den Antrag abzulehnen.

Sie weist ferner darauf hin, dass eine Stellungnahme des Helmholtz-Zentrums zu den in einem Beitrag des ARD-Magazins Kontraste erhobenen Vorwürfen sowie das Schreiben einer besorgten Anwohnerin an die Ausschussmitglieder verteilt worden sei.

Abg. Dr. Thärichen (SPD) und Abg. Dr. Albers (Die Linke) begründen den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion (Anlage 3).

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Sie weist auf die Frage von Abg. Schäfer (Grüne) nach dem Fragenkatalog des Bundes für Sicherheitsüberprüfungen von Kernreaktoren darauf hin, dass sie diesen erst nach Nachfrage beim Bund herausgeben könnte, da er vertraulich sei.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Linksfraktion sowie der Fraktionen der Grünen und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU folgende Beschlussempfehlung:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/4049 - wird in folgender Fassung angenommen:

Das Berliner Abgeordnetenhaus begrüßt die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz eingeleitete zusätzliche außerordentliche Sonderüberprüfung des Forschungsreaktors BER II in Berlin-Wannsee, die an Hand des von der Reaktor-Sicherheitskommission erstellten „Anforderungskatalogs für anlagenbezogene Überprüfungen deutscher Kernkraftwerke in Folge der Ereignisse in Fukushima (Japan)“ erfolgt.

Der Senat wird aufgefordert:

1. darauf hinzuwirken, dass die Überprüfung zeitnah vor der Wiederaufnahme des Betriebs des zur Zeit aufgrund planmäßiger Umbauarbeiten abgeschalteten Reaktors erfolgt, sofern nicht einzelne technische Überprüfungen bei laufendem Betrieb vorgenommen werden müssen,
2. die Öffentlichkeit und das Berliner Abgeordnetenhaus zeitnah über die Ergebnisse der Überprüfung zu unterrichten,

3. sich beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für eine Ausweitung des Flugbeschränkungsgebiets im Bereich des Forschungsreaktors einzusetzen,
4. den Bund zu einer Weiterverfolgung seiner Initiative zu einer zentralen Sammlung und Zwischenlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zu drängen, um die längerfristige Zwischenlagerung von Abfällen bei der Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) beim Helmholtz-Zentrum mittelfristig überflüssig zu machen,
5. zu den jüngst erhobenen Vorwürfen gegen die Sicherheit des Forschungsreaktors bezüglich eines nicht dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Bauteils und einer angeblich vorhandenen Undichtigkeit im Kühlsystem Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss beschließt Dringlichkeit.

Punkt 6 der Tagesordnung (neu)

Mitteilung – zur Kenntnisnahme - [0467](#)
Neue Biogasanlage der BSR muss so klimafreundlich wie [GesUmVer](#)
möglich werden
Drs 16/4266
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Abg. Kubala (Grüne) begründet den Besprechungsbedarf ihrer Fraktion.

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) nimmt Stellung.

Frau Abg. Platta (Die Linke) erklärt, dass in der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – so viele Fragen offen geblieben seien, dass sie nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden könnte.

Frau Sen Lompscher (GesUmVer) sagt eine ergänzende Berichterstattung zu.

Nach Aussprache wird die Besprechung der Mitteilung – zur Kenntnisnahme –, Drs 16/4266, für erledigt erklärt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Die Vorsitzende erinnert an den für den nächsten Tag geplanten Besuch des Wasserwerks Tegel, zu dem sich bisher erst sehr wenige Ausschussmitglieder angemeldet hätten.

2. Nächste Sitzung: Montag, der 22. August 2011, 12.00 Uhr

Über die Tagesordnung verständigen sich die Sprecher/innen im Anschluss an die Sitzung.

3. Die Vorsitzende wünscht allen Ausschussmitgliedern erholsame Parlamentsferien.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Felicitas Kubala

Kai Gersch